



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/9 - 12.1.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum deutsch-französischen Gespräch	S. 1
Das Deutschlandbild der USA	S. 3
Die DRK-Verhandlungen mit Polen	S. 5
Eine zeitgemässe Erinnerung	S. 6

Baden - Baden

Der Weg der Pariser Verträge ist noch mit vielen Hürden verbaut. Die Abstimmung in der Pariser Nationalversammlung, bei der sich der französische Ministerpräsident "übrigens der Gefahr des politischen Selbstmordes aussetzte, leitete ein Zwischenstadium ein, von dem niemand mit Sicherheit sagen kann, wie lange es dauern wird. Mendés-France hat viel von dem Glanz seines Prestiges dabei verloren.

Als Hindernis für die endgültige Ratifizierung der Verträge in Frankreich spielt wohl die Saarfrage die geringste Rolle. An den materiellen Inhalt des Saarstatuts darf nach Paris nicht mehr gerüttelt werden, soll das ganze Vertragswerk nicht infrage gestellt werden. An dieser Einstellung wird auch das Gespräch von Baden-Baden nichts ändern.

Als Mendés-France im Oktober vorigen Jahres das Saarstatut zur Unterschrift vorlegte, soll er, so lautete eine in Paris verbreitete Version, von der Annahme ausgegangen sein, der Bundeskanzler könne einer so weitgehenden Forderung unmöglich zustimmen. Hier unterschätzte der französische Ministerpräsident die Konzessionswilligkeit seines deutschen Verhandlungspartners. Sollte ein ähnlicher Gedanke Pate beim Vorschlag eines Rüstungspools bestanden haben? Er geht weit über die Verträge hinaus und ist für Frankreich ein Versuch, das ganze Rüstungsgeschäft an sich zu reißen. Schon heisst es in Paris, wenn auch nicht aus offiziellen Quellen, der Nationalrat könne die Verträge nicht annehmen, wenn sie nicht mit einer umfassenden Rüstungskontrolle gekoppelt sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Bundeskanzler bei seinen

Besprechungen mit Mendés -France in Baden-Baden eine Atmosphäre vorfindet, wie seinerzeit in Brüssel, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Damals bestand Mendés-France auf den nationalen Charakter der französischen Armee; damit brachte er die EVG zu Fall. Durch die Hintertür eines umfassenden, in seiner Tendenz vornehmlich gegen die Bundesrepublik gerichteten Rüstungspools will der französische Premier wieder ein starkes supernationales Element in ein Vertragssystem einführen, dessen Hauptmerkmal eben das Nichtvorhandensein von Integrationselementen ist.

Hier beginnen sich allerdings auch schon die Grenzen für Mendés-France abzuzeichnen. Alle Mitgliedstaaten der geplanten Westeuropäischen Union, mit Ausnahme Italiens, sind von diesem Plan nicht erbaut, Grossbritannien hat von vornherein für seinen Bereich jede Art von Rüstungspool abgelehnt und die Vereinigten Staaten sind einfach entsetzt von dem Gedanken, ihre Rüstungslieferungen durch eine internationale Behörde filtrieren zu lassen. Diesmal wurde auch die deutsche Wirtschaft in einem Ausmasse alarmiert, das den Kanzler zwang, statt den Integrationspezialisten Ophuels den Bundeswirtschaftsminister Erhard als deutschen Delegationsführer für die am 17. Januar in Paris stattfindenden Experten-Konferenz zu entsenden. Der Konflikt - ein echter Interessen-Konflikt -, der sich hier aufzutun kann, lässt sich durch kein europäisches Vokabular überbrücken.

Bei aller Wichtigkeit der Frage des Rüstungspools ist nicht zu übersehen, dass dieser technisch-militärische Komplex in den viel grösseren Rahmen der auch von Mendés-France verfolgten allgemeinen Entspannungspolitik zwischen West und Ost eingebettet ist. Kein französischer Staatsmann kann es heute wagen, allzu folgssam im Kielwasser der amerikanischen Europapolitik zu segeln. Frankreich fürchtet, sich selbst aufzugeben, wenn es nicht ein Höchstmass von Eigeninitiative entwickelt, die sich heute - nach französischer Auffassung - nur in der Richtung auf das möglichst baldige Zustandekommen einer Viererkonferenz über Sicherheitsfragen bewegen kann. Auch im Lichte dieser Tendenz gewinnt die Frage des Rüstungspools eine besondere Bedeutung: Eine kontrollierte westdeutsche Aufrüstung soll der Sowjetunion den Schrecken vor "dem deutschen Militarismus" nehmen und sie für solche Viererverhandlungen geneigter machen. Noch immer schwebt Mendés-France offenbar eine europäische Lösung auf der Grundlage des status quo vor. Es ist schwer vorstellbar, wie sich der Bundeskanzler auf dieser Ebene mit dem französischen Premier wird finden können..

Eine das Ganze im Auge behaltene Bonner Politik müsste nach sozialdemokratischer Auffassung dem französischen Ministerpräsidenten mit aller Eindringlichkeit und mit grösstem Ernst sagen, dass die Entspannung in Europa nicht mit einem mehr oder weniger wiederbewaffneten und rüstungstechnisch kontrollierten Westdeutschland erreicht werden kann. Der deutsche Verhandlungspartner müsste seinem französischen Kollegen in Baden-Baden bedeuten, dass jetzt, und zwar vor der Ratifizierung, mit den zwei anderen Besatzungsmächten ein überzeugender Versuch unternommen werden sollte, die Sowjetunion zu Verhandlungen über die deutsche Frage zu bringen und eine Lösung zu finden, die West und Ost die Furcht vor einem in Freiheit wiedervereinigten Deutschland nimmt.

Aber dieses Thema steht wohl nicht auf der Tagesordnung von Baden-Baden...

Deutsche Rückschläge in Amerika

H.S. New York, im Januar

Die amerikanische Freundschaft für Westdeutschland ist eine politische Tatsache von heute, und zwar eine Tatsache von grosser Bedeutung; sie ist ein Kleinod, das man in der Bundesrepublik sorgfältig hüten und schützen muss, um es nicht einzubüssen. Die amerikanische Sympathie darf jedoch deutscherseits nicht als selbstverständlich unterstellt werden, sondern sie muss - wie alle politischen Realitäten - täglich aufs neue erhärtet und bestätigt werden.

Wer mit billigen Achselzucken leichtfertig dahinredet "Die Amerikaner brauchen uns ja gegen die Russen", - der begeht einen fundamentalen Fehler. Es heisst, die Intelligenz und politische Reife des amerikanischen Volkes und seiner Regierung ganz gewaltig unterschätzen, wenn man sich auf dieses billige (und recht fragwürdige) "Sie brauchen uns ja" verlässt; in Wahrheit hat man vielmehr in Amerika Sympathien für Deutschland, weil sich die Bundesrepublik eine demokratische Verfassung gegeben hat, weil sie die Menschenrechte respektiert, weil die Wahlen frei sind und die Presse keiner staatlichen Zensur unterworfen ist. Das sind die wahren Gründe der amerikanischen Sympathie für Deutschland, - und wer das nicht wahrhaben will, oder wer an der demokratischen Ordnung in der Bundesrepubliküttelt, oder wer stur und laut ins nationalistische Horn stösst, so dass man im Ausland wilhelminische oder hitlerische Fanfaren zu hören vermeint, - der ist ein Totengräber an der amerikanisch-deutschen Freundschaft und erweist seinem Vaterland einen bösen Dienst.

Genau das geschieht aber, immer wieder, von unverantwortlicher und unerfreulicher Seite, von ewig Gestrigen und primitiven Chauvinisten. In Deutschland weiss man, dass die Massen des Volkes nicht hinter ihnen stehen; aber im Ausland verliert man leicht den Sinn für Proportionen und denkt, eine Stahlhelmtagung oder eine Wahlversammlung der Deutschen Partei seien repräsentativ für das gesamte deutsche Volk.

Solche Zwischenfälle gibt es immer wieder, und zerreißen immer aufs Neue die Fäden, die gutwillige Verständigungsfreunde spinnen. Die letzte Nummer der angesehenen amerikanischen Monatszeitschrift "Atlantic Monthly" bringt einen Artikel über schlagende akademische Verbindungen, und voller Entsetzen sieht der Verfasser hinter den Schmissen

junger deutscher Akademiker Militarismus und Kasernenhofmanieren "zackiger" Offiziere auftauchen. Fraglos richtet dieser Artikel, und die Sitten oder Unsitten, die er beschreibt, mehr Schaden für die Bundesrepublik an, als ein Dutzend Verständigungsmanifestationen wieder gutmachen können.

In den gleichen Zusammenhang gehört auch Ernst v. Salomons Buch "Der Fragebogen", das soeben in englischer Übersetzung von einem amerikanischen Verlag herausgebracht worden ist. "Wenn dieses Buch für einen Teil des heutigen deutschen Denkens repräsentativ ist", schrieb die "New York Herald Tribune", "dann sollte die freie Welt, die alle Diktaturen verabscheut, es nicht so sehr eilig haben, die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945 zu vergessen". Das ganze Prestige, das sich die Bundesrepublik mit ihrer freiheitlichen Verfassung und ihren demokratischen Institutionen mühsam in Amerika erworben hat, ist durch ein Buch eines einzigen deutschen Autors, der der Heldenzeit der Freikorps nachträumt, gefährdet.

Nun kann man gewiss nicht einen amerikanischen Verleger hindern, ein Buch übersetzen zu lassen, das in der Bundesrepublik mit einer Auflage von 250 000 Exemplaren einen Riesenerfolg erzielt hat. Das einzige, was man tun kann, um die schädlichen Auswirkungen solcher Rückschläge wettzumachen, ist, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Ernst v. Salomon, die Korpsstudenten und die Versammlungsredner rechtsradikaler Parteien bei weitem nicht das deutsche Volk repräsentieren. Aber das bedeutet eben, täglich aufs neue um Freundschaft und Sympathie des Auslandes zu ringen und immer wieder das gute Funktionieren der demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu demonstrieren. Jede Gemeinderatswahl, die in Freiheit und Würde vor sich geht, jede Bundestags-sitzung, in der Meinungsverschiedenheiten in freimütiger Debatte ausge-tragen werden, stärkt das deutsche Ansehen in den USA und freut die Freunde, die Deutschland in dem grossen Lande geniesst. Jeder Vor-stoss der Chauvinisten und Rechts-Extremisten erzielt, gründlich und automatisch, genau das entgegengesetzte Ergebnis.

Gibt Polen die Deutschen frei?

O.H. Unter den traurigen Kapiteln der Nachkriegszeit ist das der noch immer in Polen zurückgehaltenen Deutschen menschlich gesehen eines der tragischsten. Es ist zugleich eine schwere Anklage gegen die infrage kommenden verantwortlichen Stellen, die bisher keinen Weg gefunden haben, um dieses rein menschliche Problem aus den politischen Spannungen herauszuheben und es so einer humanen Regelung zuzuführen. Erst

die private Initiative hat einen Lichtschimmer in die Finsternis amtlicher Verkämpfung hineingetragen. Nachdem schon vor einem Jahr der telefonische Anruf eines Führers der ungerndeutschen Vertriebenen in Budapest ein erfreuliches, wenn auch nur bescheidenes Ergebnis gezeigt hatte, scheint ein ähnlicher Schritt des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes jetzt auch in Polen das Eis zum Schmelzen gebracht zu haben. Das Polnische Rote Kreuz liess wissen, dass die "Vereinigung einer gewissen Zahl von in Polen lebenden Personen mit ihren Verwandten in Westdeutschland" möglich sein wird.

Doch da beginnt auch gleich das Rätselraten: Was bedeutet "eine gewisse Zahl von Personen" und wieviel Deutsche gibt es überhaupt noch in Polen bzw. in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder und Neisse? Beim Deutschen Roten Kreuz sind 175 000 Deutsche registriert die entweder selbst um ihre Umsiedlung aus Polen nach Westdeutschland nachgesucht haben oder von ihren Angehörigen aufgefordert worden sind.

Zweifellos sind damit keineswegs alle noch in Polen lebenden und zur Umsiedlung nach Deutschland bereiten Deutschen erfasst. Aber da greifen gleich wieder politische Überlegungen in dieses doch so menschliche Problem hinein. Zwar ist man in Polen inzwischen zu der Einsicht gelangt, dass die in den ersten Jahren nach den Kriege von vielen Deutschen ausgesprochene Option für den polnischen Staat nicht dem inneren Willen dieser Menschen entsprach, auch zeigte der in der Weihnachtswoche eingetroffene erste Transport von 97 Deutschen aus Polen die Bereitschaft polnischer Stellen zur Korrektur der ursprünglichen Entscheidungen. Meldungen aus Polen zufolge sollen jedoch die sogenannten Autochthonen, d.h. die Urbewohner der Oder-Neisse-Gebiete, die von regierungsamtlicher polnischer Seite nicht als Deutsche, sondern als germanisierte Polen betrachtet werden, ausgenommen werden.

Hier wird also wieder einmal der subjektive Wille des Einzelnen der zweckbestimmten amtlichen Auffassung des Staates untergeordnet.

Ein besonderes Kapitel stellen in dem Gesamtproblem die in den Gebieten östlich der Oder und Neisse und in Polen zurückgehaltenen deutschen Kinder dar. 4 000 Kinder konnten ermittelt und vom Deutschen Roten Kreuz namentlich erfasst werden, doch gibt es noch viele andere, deren Eltern oder Verwandte verstorben oder verschollen sind oder die bisher nicht aufgefunden werden konnten. Polnische-seits wurden bei der Suche nach den Kindern bisher leider vielfach Schwierigkeiten bereitet. Die neuesten Nachrichten aus Warschau, wonach die Regierung dem Polnischen Roten Kreuz verboten hat, in den Kinderheimen nach dem Verbleib der deutschen Kinder zu forschen, bestätigt zwar einerseits einen bedauerlichen Tatbestand, vermittelt aber andererseits die Erkenntnis, dass es in Polen dennoch Stellen gibt, die den Willen haben und bemüht sind, diesem traurigen Kapitel der Nachkriegszeit die grössten Schärpen zu nehmen.

Hoffen wir, dass sich dieser gute Wille weiterhin durchsetzt und Menschlichkeit zum Durchbruch kommt.

+ + +

Theorie in Köln, Praxis in Bonn

Wir lesen im Mitteilungsblatt der SPD,
Kreisverband Köln:

Die erste Vertretung der Kölner Bürgerschaft nach Beendigung des Krieges, der neue Stadtrat, wurde von der Besatzungsbehörde eingesetzt. Seine erste Sitzung wurde am Montag, dem 1. Oktober 1945, vom Kommandeur der Militärregierung für den Stadtkreis Köln, Major Prior, eröffnet. Nachdem er dem von der Besatzungsbehörde eingesetzten Oberbürgermeister von Köln, Herrn Dr. Adenauer, den Vorsitz übergeben hatte, hielt dieser eine Ansprache, in der er sich mit den zukünftigen Aufgaben des neuen Stadtrates beschäftigte. Dabei kam er auch auf das Wesen der Demokratie zu sprechen. Er sagte nach dem Bericht über seine Rede in dem von der britischen Besatzungsbehörde herausgegebenen "Kölnischen Kurier" vom 2. Oktober 1945:

"Der Zwang der Verhältnisse und die uns allen gemeinsame Liebe zu unserem Volk wird uns zu gemeinsamer Arbeit führen. Trotzdem lassen Sie mich noch einige Sätze über das Wesen der Demokratie sagen. Das Wort ⁱⁿ diesen Zeiten so oft gebraucht worden, dass

SPD-Pressedienst

P/X/9

- 7 -

12.1.1955

es droht, zu einer abgegriffenen Münze zu werden; das darf nicht sein! Man soll nicht immer und überall von Demokratie sprechen, aber man soll immer und überall nach den Grundsätzen der Demokratie handeln. Demokratischen Grundsätzen entspricht es, dass der Wille der frei gewählten Mehrheit entscheidet, aber lassen Sie mich ein Wort hinzufügen: l e t z t e n E n d e s entscheidet. Die demokratischen Grundsätze verlangen, dass man dem politisch Andersdenkenden mit Achtung und Vertrauen gegenübertritt, dass man sich bestrebt, seine Gedanken, seine Gründe zu verstehen, dass man versucht, zu einer Verständigung mit ihm zu kommen, und dass man zu dem gewaltsamen Mittel der Überstimmung nur dann greift, wenn es nicht anders geht."

Von diesem Wesen der Demokratie, wie es Dr. Adenauer in der eben zitierten Rede klargelegt hat, ist bei ihm selbst, seit er Bundeskanzler ist, recht wenig zu merken. Er hat wohl oft von Demokratie gesprochen, aber nicht überall nach den Grundsätzen der Demokratie gehandelt. In der Aussenpolitik hat er nicht immer im Sinne einstimmiger Bundestagsbeschlüsse sich verhalten. Mit der Opposition hat er gewöhnlich eine Verständigung versucht, nachdem er fertige Tatsachen geschaffen hatte, statt vorher Verständigungsversuche zu machen. Es sei nur an sein Verhalten in der Saarfrage sowie zum Problem der Wiedervereinigung erinnert. Er ist es auch gewesen, ohne von den parlamentarischen Körperschaften dazu beauftragt worden zu sein, der den Besatzungsmächten deutsche Soldaten angeboten hat. Auch in der Innenpolitik, besonders in den Fragen der Sozialpolitik, hat die von ihm geleitete CDU nicht immer und überall nach den Grundsätzen der Demokratie gehandelt. Ja, demokratisch reden ist für manche Politiker leicht, aber demokratisch handeln schwer. Nur allzuoft werden dann die Grundsätze der Demokratie, von denen man früher geredet hat, vergessen, wie das Beispiel Adenauer zeigt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau